

# Ist die AfD eine demokratische Partei?

**Beitrag von „Tom123“ vom 14. Februar 2024 22:47**

## Zitat von Palim

Nannte sich "Neue Heimat" und bestand aus Hochhäusern, in Emden an der Autobahn hat man eines oder zwei davon vor einigen Jahren gesprengt ... und das Wohngebiet war bekannt - wie an anderen Orten auch.

Viel sinnvoller wären gemischte Objekte, damit es gerade nicht zu Ghettos kommt mit den entsprechenden Konsequenzen für Kita und Schulen.

Ich kenne die Objekte aus Emden. Hier geht es doch um ein anderes Problem.

## Zitat von raindrop

Das ist doch überhaupt nicht praktikabel. Du willst also Menschen aus ihren Wohnungen, in denen sie bis zur Arbeitslosigkeit gewohnt haben, rauschmeissen und Ghettomäßig unterbringen?

Dass der Staat wieder in größerem Maßstab Sozialwohnungen bauen oder fördern muss, das sehe ich auch so.

Das Problem ist, dass bezahlbarer Wohnraum knapp ist. Ich frage mal andersrum. Wenn Herr M. bisher gut verdienend in einer Wohnung für 1500 € gewohnt hat und nun arbeitslos wird, möchtest Du ihn dort dauerhaft wohnen lassen und der Staat soll die Miete übernehmen?

Sicherlich wird man sagen, dass es eine Grenze gibt, was angemessen ist. Und diese Grenze gibt es bereits. Das ist der Betrag, den das Sozialamt übernimmt. Ob der nun zu hoch oder zu niedrig ist, kann man sicherlich getrennt diskutieren. Aber am Ende bleibt eine Anzahl X, deren Miete zu hoch ist. Aktuell ist es so, dass sie (teilweise) die Mehrkosten aus ihrem Bürgergeld nehmen. Auch keine gute Lösung.

Bau von Sozialwohnungen ist doch nichts anderes. Für auch zu Ghettos. Aber auch sonst entstehen diese "Ghettos" ganz von alleine. Wenn es irgendwo günstigen Wohnraum gibt z.B. weil die Lage oder die Wohnungen nicht gut sind, ziehen dort Menschen mit geringen Einkommen oder Bürgergeld hin. Das führt in der Regel dazu, dass dort besserverdienende nicht gerne hinziehen. Am Ende ergibt sich ein Teufelskreis.

Mein Vorschlag, dass der Staat Wohnheime baut führt nicht zwangsläufig zur Ghettobildung. Der Staat kann diese quer durch die Stadt verteilen. Es muss ja keine Einheit mit 200 Wohnungen an einem Fleck sein. Aber wenn ich mir ansehe, wie das bei uns läuft, kann der

Staat es besser selber machen. Hier werden einerseits Bruchbuden zu horrenden Summen vermietet und auf der anderen Seite gibt es Vermieter, die gar nichts machen. Aber auch bei den Mietern gibt es genug Betrügereien.

Am Ende gibt es für den Staat auch einen Kostenvorteil. Man kann auch bestimmte Sachen zentral anbieten und aus dem Bürgergeld rausrechnen. Ein entsprechender Glasfaseranschluss und WLAN für alle. Zentraler Waschmaschinen beispielsweise mit Chipkarte und Videoüberwachung. Unter Umständen kann man auch eine zentrale Verpflegung etc. anbieten.

Hier geht es mir nicht um Menschen, die in Not geraten sind und dauerhaft nicht mehr in der Lage sind ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Mir geht es hier um die Leute, die arbeitssuchend sind. Es geht dabei darum für eine Notsituation eine Unterkunft zu bieten. Nicht für Menschen, die dort dauerhaft wohnen sollen. Sondern für Menschen, die Zeit und Unterstützung brauchen, um wieder auf die Beine zu kommen.